



FÉDÉRATION
WALLONIE-BRUXELLES

Direction des Jurys de l'enseignement secondaire

Rue Adolphe Lavallée, 1

1080 Bruxelles

<http://www.enseignement.be/jurys>

jurys@cfwb.be

Tél : +32 (0)2 690 85 86

Jurys de l'enseignement secondaire – CESS général, technique et artistique de transition

Langue moderne II : Allemand Cycle 2020-2021/2

Articles servant de base à l'évaluation de l'expression orale

**NB : les trois articles doivent être lus et préparés. Deux seront tirés
au sort lors de l'examen oral**

1. Beim Impfen bitte Vorrang für Youngsters und Jüngere
2. Coronavirus - Föderales Durcheinander
3. Deutschlands De-Industrialisierung schreitet voran

1. Beim Impfen bitte Vorrang für Youngsters und Jüngere

VON FRITZ GOERGEN

Mi, 30. Dezember 2020

Stellt die freiwillige Impfung den Jüngeren vorrangig zur Verfügung! Wenn die Impfwilligen unter den bis 40-Jährigen durch sind, dann die bis 60 und am Schluss die drüber. Wirkt die Impfung wie versichert, können die Alterskohorten in der genannten Impf-Reihenfolge in ihr gewohntes Leben und Arbeiten zurückkehren.

Israel hat in neun Tagen fast eine halbe Million seiner neun Millionen Bürger gegen Covid-19 mit dem Vakzin von Biontech und Pfizer geimpft. Bei diesem Tempo nähert sich das Land schnell dem Zeitpunkt der sogenannten Herdenimmunität. Es gibt eben kein anderes Land auf der Welt, in dem so viele an den wissenschaftlichen Fortschritt glauben, sagt mir ein Israeli. Der andere meint, meine Leute wollen einfach nur wieder schnell in ihr Leben zurück. Nun, bei vielen Israelis kann ja beides zutreffen. Jedenfalls ist die Impfquote dort nicht so hoch, weil direkter oder indirekter Impfwang herrscht, sondern weil sich so viele freiwillig impfen lassen.

Was mich in dieser durch die Corona-Politiken der meisten Länder geschaffenen und nicht durch das Virus erzwungenen Lage am meisten stört, ist die Unverfrorenheit, mit der die Herrschenden eine moralische Impfpflicht jeden Tag mehr über ihre Einheitsmeinungsmedien verbreiten lassen, so dass es nicht mehr lang dauern kann, bis die Teilnahme am Leben nur noch mit dem digitalen Impfpass unter der Haut möglich sein wird. Wie lange braucht es dann von diesem Punkt an noch bis zur digitalen Akte auf dem implantierten Chip, in der ohne Zutun des Bürgers alles eingetragen wird, was die Obrigkeit, das Krankenhaus, der potentielle Arbeitgeber, das Hotel, die Fluglinie, und und und wissen will – und jeder wissen kann, der über das nötige Cyber-Knowhow verfügt?

In Israel genauso wie in Europa werden die Alten über 60 oder über 70 als erste geimpft. Wie beiläufig sagt und schreibt alle Welt: weil das die gefährdetsten wären. Mir ist trotz relativ vielen Lesens und Hörens noch kein Pro und Contra zu diesem Vorgehen über den Weg gelaufen, so dass mir auch keines hätte einleuchten können. Da ich selbst auch zu diesen am meisten Gefährdeten gezählt werde, habe ich einen Gegenvorschlag:

Stellt die freiwillige Impfung doch den Youngsters und Jüngeren zuerst und vorrangig zur Verfügung! Wenn die Impfwilligen unter den Bis-40-Jährigen durch sind, dann die bis 60 und am Schluss die drüber. Wirkt die Impfung wie von den Herstellern und staatlichen Käufern versichert wird, können die Alterskohorten in der genannten Impf-Reihenfolge in ihr gewohntes Leben und Arbeiten zurückkehren. Lockdown passé. Die Alten braucht ihr nicht einzusperren. In Alters- und Pflegeheimen sind sie es ohnedies – dort angesteckt können sie sich nur beim Personal, bei Lieferanten und Besuchern haben, die allesamt überwiegend unter 60 sind. Somit wären die Heimbewohner bei meinem Vorschlag besser geschützt als beim derzeitigen Impfvorrang der Alten.

In Österreich ist der Drang in den Schnee nicht wegen überwiegend laufender Lifte und Seilbahnen so groß, wie in Deutschland bei überwiegend geschlossenen Liften zu sehen ist. Unsere Zeitgenossen haben überall die Nase voll vom Hausarrest. Ich bin froh, dass wenigstens dieser Grad an Freiheitswille noch vorhanden ist. Sehe ich das erschreckende Ausmaß an Untertanengeist tagtäglich, ist das immerhin etwas Hoffnung.

Ich halte es selten mit Jean-Jacques Rousseau. Hier aber sehr:

„Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann was er will, sondern, dass er nicht tun muss, was er nicht will.“

Leute, nix wie raus in den Schnee und überhaupt. Drinnen könnt ihr noch immer sein. Spätestens wenn ihr alt seid und sich die Obrigkeit, denen die Alten (wie die Kinder) sonst immer zuletzt oder gar nicht in den Sinn kommen, plötzlich den Alten zuwendet, um sie als erste impfen zu lassen.

Welche Gedanken sich mir bei dieser plötzlichen Zuwendung unter anderem aufdrängen, will ich nicht verschweigen. Würden jetzt in der Corona-Zeit so viele Ü-70 sterben, wie die Herrschenden und von ihnen beherrschten Experten immer drohend an die Wand malen, welche Folgen hätte das für den Sozialstaat und die Wählerstruktur? Wie viel Geld der Sozialstaat pro gestorbenem Ü-70 spart, kann jeder ausrechnen, der will, wie viele in kurzer Zeit gestorbene Ü-70 der CDU vorzeitig den Status der größten Partei abschließend wegnähmen und den ÖRR die vorletzten Zuschauer, auch.

An dieser Stelle meine ich es in keiner Weise zynisch, auch wenn es so verstanden werden könnte: Ich wünsche allen ein gutes Neues Jahr.

2. Coronavirus - Föderales Durcheinander

VON ALEXANDRA FÖDERL-SCHMID

Mi, 30. Dezember 2020

In der Corona-Krise ist zu sehen, wie hilflos eine Kanzlerin ist, wenn sich Ministerpräsidentinnen und -präsidenten quer legen. Bund und Länder sollten angesichts des Impf-Chaos rasch einheitliches Vorgehen beschließen.

Tausend Tote: Es war zu erwarten, dass diese symbolische Marke in Deutschland in diesen Tagen überschritten wird. Die Folgen des zögerlichen Handelns der Regierenden zeigen sich erst mit Verspätung: zuerst in den Kliniken, dann in den Leichenhallen und nun beim Impfen.

Es rächt sich, dass einzelne Ministerpräsidenten zu spät eingeschwenkt sind auf den Kurs von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die schon früher einen härteren Lockdown angestrebt hat. Die Auswirkungen politischer Entscheidungen oder politischen Nicht-Handelns entscheiden, ob Leben geschützt werden kann. In Deutschland wurde gerade angesichts der Erfahrungen aus dem Frühjahr in der sich aufbauenden zweiten Welle zu wenig getan und zu spät gehandelt - auch im Vergleich zu anderen Staaten.

Es gibt aber auch Fehler im System, die ein rascheres Agieren zumindest erschweren, oft auch verhindern. Dazu gehört die föderale Struktur der Bundesrepublik. Im Grundgesetz heißt es zwar, dass der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt. Aber diese Durchsetzungskompetenz beschränkt sich auf die Bundesminister.

Gerade in der Corona-Krise war zu sehen, wie hilflos Angela Merkel ist, wenn sich die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten querlegen oder einfach nicht mitziehen. Ihr bleibt im Ernstfall nur die Macht des Wortes: Zu appellieren oder Basta zu sagen im Stile ihres Vorgängers Gerhard Schröder - das ist Angela Merkels Sache jedoch normalerweise eher nicht. Da sie in ihren 15 Jahren als Kanzlerin nur selten davon Gebrauch gemacht hat und auch sonst nicht gerade zur sichtbaren Empathie neigt, zeigte ihr temperamentvoller Auftritt am 9. Dezember im Bundestag Wirkung, so wie auch die steigenden Zahlen von Neuinfektionen eine geballte Wirkung entfalteten. Beim nächsten Bund-Länder-Treffen ging es dann plötzlich sehr rasch.

Die einen Bundesländer bieten schon Impf-Termine an, die anderen noch gar nicht.

Es zeigt sich auch in dieser Krise: Einer der Fehler im Bausystem der Bundesrepublik ist, dass die Erfüllung der staatlichen Aufgaben Sache der Länder ist. Das Tohuwabohu rund um Reise- und Beherbergungsverbote hat die Absurdität der unterschiedlichen Regelungen in den Bundesländern vor Augen geführt. Gleiches gilt für die Modalitäten, wo und wann Präsenzunterricht in Schulen abgehalten werden kann und wie mit Corona-Fällen umzugehen ist.

Das nächste Chaos gibt es nun bei der Organisation, wie beim Impfen vorgegangen wird: Die einen Bundesländer bieten schon Termine an, die anderen noch gar nicht. Hier geht die Vereinbarung nur über eine Hotline, da lediglich übers Internet. Außerdem ist unklar, nach welchen Kriterien genau vorgegangen wird.

In Bayern, wo es Probleme beim Auftakt der Impf-Aktion gegeben hat, wird bereits das beliebte Schwarze-Peter-Spiel öffentlich betrieben und der Bund beschuldigt: Man könne ja keine Termine vergeben, wenn man nicht wisse, wie viele Impfdosen im Januar überhaupt zur Verfügung stünden. Der Bund muss sich tatsächlich fragen lassen, ob man nicht zu zurückhaltend war bei der Bestellung von Impfstoff. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn konstatiert dagegen ein "föderales Durcheinander". Dem sollte ein Ende bereitet werden: Bund und Länder sollten sich bei ihrem nächsten Treffen auf ein einheitliches Vorgehen einigen, notfalls sollte Berlin die Gesamtkoordination übernehmen.

Wenn die Corona-Krise nicht mehr so viele Kräfte bündelt, sollte aufgrund dieser Erfahrungen ganz grundsätzlich darüber diskutiert werden, ob trotz föderaler Strukturen bei einer Krise wie dieser nicht dem Bund mehr Durchgriffsrechte ermöglicht werden sollten. Denn eine der Lehren dieser Pandemie ist: Der Föderalismus hat zu Verzögerungen geführt und Zögern kostet in so einer Situation Leben.

3. Deutschlands De-Industrialisierung schreitet voran

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Mo, 18. Januar 2021

Einerseits werden die E-Mobilität und die Wärmepumpen über den grünen Klee gelobt, andererseits ist die Regierung trotz unverschämter hoher Einnahmen nicht in der Lage, die Versorgungssicherheit für ihre weltfremden Lieblingsprojekte sicherzustellen.

Das Charakteristikum realistischer Prognosen, die nicht Wünsche, sondern die Wirklichkeit im Blick haben, ist, dass sie stets eintreffen, mögen Politiker noch so sehr dagegen anreden, Medien dagegen anschreiben und ansenden. Mag man auch noch sehr die Augen davor verschließen, so bleibt das E-Auto doch ein Irrweg, der Deutschland kräftig auf den Weg zur Deindustrialisierung voranbringt. Die Technik der Zukunft entwickeln und bauen die deutschen Autofirmen nicht in Deutschland, sondern immer mehr in China und stärken damit das Land, für das der Patentschutz ein Fremdwort ist, während in Deutschland die Wünsche der Regierung erfüllt und dafür Subventionen kassiert werden.

Sehen wir einmal von der ungeklärten Entsorgungsfrage von E-Autos bei Unfällen ab, verschließen wir auch gern die Augen davor, welche enorme Schädigung von Menschen, oft sind Kinder und Jugendliche betroffen, und der Umwelt die Rohstoffgewinnung für den Bau von Batterien und ihre Entsorgung in Afrika anrichten, so bleibt die Frage, wie denn die vielen E-Autos, die sich die Regierung wünscht, „betankt“ werden sollen. Zum einen wird ein Land, das sowohl aus der Atomenergie als auch aus der Kohleverstromung aussteigt und sich ganz Sonne und Wind hingibt, die benötigte Strommenge nicht produzieren und zum zweiten nicht versorgungssicher bereitstellen können. Zur Versorgung der vielen nötigen Ladestellen reicht die Kapazität der Netze nicht aus.

Das hat man nun auch im Bundeswirtschaftsministerium erkannt, weshalb man, klamm wie man ist, nicht den erforderlichen Ausbau der Netze vorantreibt, sondern temporäre Abschaltungen vorzunehmen gewillt ist. Und da die Politik weitaus kreativer im Finden von euphemistischen Benennungen ist als beim Lösen oder Vermeiden von Problemen, heißen diese temporären Blackouts auch nicht Abschaltungen, sondern Spitzenglättungen.

Nach einem Bericht der *WELT* soll das Energiewirtschaftsgesetz dahingehend geändert werden, dass der neue Paragraph 14 a der Energiewirtschaft bei drohender Überlastung des Netzes erlaubt, über Fernsteuerung Ladestationen für E-Autos und Wärmepumpen für zwei Stunden pro Tag vom Netz zu nehmen. Wer also eine Wärmepumpe als umweltfreundliche Maßnahme eingebaut hat, dem kann für zwei Stunden pro Tag die Heizung abgedreht werden. Die Spitzenglättung soll die Kosten für den Netzausbau senken – und das, obwohl die Deutschen die höchsten Strompreise in der Welt zahlen. Über die Hälfte der Summe fließt in die Staatsquote, in Steuern, Abgaben und Umlagen.

Es ist schon ein Stück aus dem Tollhaus, wie der Bürger wieder zur Kasse gebeten wird, weil sich die Regierung in ihrer Ideologie verlaufen hat. Einerseits werden die E-Mobilität und die Wärmepumpen über den grünen Klee gelobt und Benziner oder Dieselfahrzeuge und Gas- und Ölheizungen verteufelt, andererseits ist die Regierung trotz unverschämt hoher Einnahmen nicht in der Lage, die Versorgungssicherheit für ihre weltfremden Lieblingsprojekte sicherzustellen.

Sogar der einstmals so stolze Automobilverband, von dem wir kaum etwas gehört haben, seitdem die Merkelvertraute Hildegard Müller zum Chef dieser einst mächtigen Lobbyorganisation geworden ist, meldete sich nun doch mal zu Wort. Vollkommen richtig wies sie darauf hin, dass das, was „Spitzenglättung genannt wird ... für die Kunden leider Abschalten bedeutet.“ Zu recht befürchtet sie den Akzeptanzverlust der E-Autos beim Kunden.

Dumm gelaufen: da setzt die Autoindustrie von der Politik dazu animiert auf das Subventionsgeschäft mit E-Autos und muss jetzt darum bangen, dass diese sich nicht in nötiger Zahl verkaufen könnten, denn auch subventionierte Waren müssen verkauft werden. Irgendwie erinnert das alles an den Diesel, der auch ein politisches Projekt war.

Man kann jedoch davon ausgehen, dass dieses Problem unter Herabsetzung der Kritiker auf semantischem Weg gelöst werden wird. Möglicherweise wird Spitzenglättung dann Klimamoment heißen. In der steuergeldfinanzierten Werbung werden die Besitzer von E-Autos und Wärmepumpen zu Klimahelden erklärt und man wird Wärmepumpenbesitzer beim Sport – so gesund kann die Stromabschaltung sein – und Autobesitzer beim Fahrradfahren zeigen, während die Post die guten alten Postkutschen reaktiviert.

Das Projekt E-Mobilität erinnert ein wenig an den Bau des Flughafens Berlin-Schönefeld, der nach zehnjähriger Verspätung, die Milliarden an Steuergeldern verschlang, dann doch noch termingerecht zur Coronakrise irgendwie fertiggestellt wurde – aber nun fliegt ja kaum noch jemand.